organisatorische Fähigkeit und Bereitschaft — vor allem im Feld — aufrecht erhalten werden sollte, um auf die anhaltende Notlage und eventuelle Lageverschlechterungen mit bewährten Systemen und Techniken adäquat reagieren zu können. Die jüngsten Berichte über die Heuschreckenplage oder die Entwicklung im Südsudan unterstreichen diese Notwendigkeit dramatisch. Die afrikanischen Regierungen schließlich müssen energisch unterstützt werden beim Ausbau ihrer eigenen Fähigkeit, künftige Dürreperioden zu bewältigen. Internationalen Organisationen kommt dabei eine Rolle zu, die sich auf die Vorbereitung auf und Verhütung von Notlagen (etwa durch Einsatz von Frühwarnsystemen) sowie auf Maßnahmen zur Verbesserung der Krisenvorsorge — von der Entwicklung von Notfallplänen bis zur Bereitstellung von Technischer Hilfe — erstrekken sollte.

Ausblick

Es ist nicht ohne Reiz, daß multilaterale Mechanismen zu einer Zeit die Antwort auf ein zentrales Problem boten, als sich viele Regierungen vom Multilateralismus loszusagen begannen.
Um die von der Dürre unbarmherzig offengelegten Probleme anzugehen, ist eine Beschleunigung und Unterstützung des Wiederaufbau- und Sanierungsprozesses in den betroffenen Ländern erforderlich. Dauerhafte und eigenständige Lösungen für die Probleme Afrikas können nur durch die Eigenanstrengungen der afrikanischen Regierungen entworfen und umgesetzt werden. Umfassende und vorausschauende Maßnahmen können freilich erst getroffen werden, wenn alle aus dem aktuellen Notstand resultierenden Bedürfnisse befriedigt sind.
Eine anhaltende Verbesserung der allgemeinen materiellen Lebensbedingungen der Bevölkerung und ein hinreichendes Maß an Ernährungssicherheit können aber nur erreicht werden über die Wiederbelebung eines dauerhaften Entwicklungsprozesses, eine Beseitigung der tief verwurzelten Strukturmängel und eine Stärkung der Fähigkeiten Afrikas, mit den Schockwirkungen künftiger extremer Dürreperioden besser fertig zu werden und dadurch eine Wiederholung der jüngsten Notlage zu vermeiden. Einmalige Regenfälle und eine darauffolgende gute Ernte können die verheerenden Auswirkungen der beispiellosen Dürre und der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fehlentwicklungen einer Dekade nicht beheben. Das Resultat der 13. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen bietet eine neue Chance, um Prioritäten, Praktiken und Politiken neu zu formulieren. In diesem Zusammenhang muß auch das Potential der freiwilligen Hilfswerke — die in der ›afrikanischen Krise‹ ihre Fähigkeiten bewiesen haben, innovativ und erfolgreich um Hilfe zu werben — voll zum Tragen kommen, auch wenn dieses sich im Vergleich zu den Leistungen der Regierungen der Geberländer finanziell relativ bescheiden ausnimmt (2,5 Mrd Dollar der NGOs gegenüber 70 Mrd der Regierungen).
Die Aufgabe, der sich Afrika nun gegenübersieht, besteht in der Ingangsetzung einer Entwicklungskampagne mit dem Ziel, die Ursachen von Hunger und Armut zu beseitigen. Dürren werden wiederkehren — Hungersnöte müssen es nicht.

Dieser Beitrag gibt allein die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellt keine offizielle Ansicht des UNDP dar.
Der Verfasser dankt Mehri Madarshahi für wertvolle Hinweise.

Wien als UNO-Stadt

KARL TH. PASCHKE

›Sitz‹ der Vereinten Nationen ist, wie es Resolution 100(I) der Generalversammlung vom 14. Dezember 1946 festlegt, New York; ›Dienstort‹ eines UN-Bediensteten kann praktisch jeder Flekken der Erde werden. ›Büros‹ der Weltorganisation mit einem Generaldirektor an der Spitze, eine Anzahl von Sekretariatseinheiten und anderen Einrichtungen beherbergend, gibt es nur zwei: in Genf — wo nach Ende des Zweiten Weltkriegs die neugeschaffene Organisation in das Erbe des Völkerbunds eintrat — und in Wien (seit 1982); in Nairobi wurde 1984 ebenfalls ein Büro der Vereinten Nationen eröffnet, das künftig zum ersten größeren UN-Zentrum in der Dritten Welt werden könnte. Wien, wo am 23. August 1979 das Internationale Amtssitz- und Konferenzzentrum eröffnet wurde, kann also nach New York und Genf als dritte ›UNO-Stadt‹ gelten. Auf die Vorgeschichte des Wiener Internationalen Zentrums (Vienna International Centre, VIC) ist diese Zeitschrift in VN 4/1979 S.125ff. mit einem Beitrag von Harry Schleicher eingegangen. Heute, sieben Jahre später, ist die Frage legitim, ob und wie die österreichische Hauptstadt sich in dieser neuen Rolle bewährt hat.

Internationales Flair

So manches hat sich verändert in der Donaumetropole seit dem Sommer 1979. Bundeskanzler Bruno Kreisky, dem zwar nicht die Idee, wohl aber die Realisierung des gewaltigen Bauvorhabens ›VIC‹ zu danken ist, hat sich aufs Altenteil zurückgezogen. Kurt Waldheim dagegen, der seinerzeit als UN-Generalsekretär das Zentrum eröffnet hatte, ist vor einem halben Jahr zum österreichischen Bundespräsidenten gewählt worden, also aus der internationalen in das höchste Amt der nationalen Politik zurückgekehrt. Für seinen Wahlsieg war sicherlich auch die Reputation mitentscheidend, die er sich in den Augen vieler Österreicher im New Yorker Amt erworben hatte; sein Wahlkampf jedenfalls hob sehr stark auf diese frühere Funktion ab und zeigte ihn vor der Skyline von Manhattan als den ›Mann, dem die Welt vertraut‹.
Wien selbst, das ist unter Einheimischen wie Zugereisten unstreitig, hat in den letzten Jahren erheblich an Attraktivität gewonnen. Das noch in den siebziger Jahren vorherrschende, bröcklige Grau der Hausfassaden ist heute gerade in der Innenstadt frischen Farben gewichen. Die Stadt ist sommers wie winters voller Touristen; am Ring, der Prachtstraße mit ihren großen Prunkbauten des 19. Jahrhunderts — Oper, Parlament, Hofburg und Burgtheater —, sind mehrere neue Luxushotels entstanden, die trotz exorbitanter Preise meist gut gefüllt sind. Das Kulturleben der Donaumetropole, immer schon von großer Vielfalt, aber früher doch allzusehr der Tradition und Konventionalität verhaftet, hat in jüngster Zeit deutliche Impulse bekommen und bietet dem örtlichen Stamm- wie dem internationalen Publikum in vielen Bereichen Weltstadtniveau in Auswahl und Qualität. Ein weiterer Gradmesser für die steigende Beliebtheit Wiens ist der Immobilienmarkt: er wird immer enger, die Preise für Miethäuser und -wohnungen liegen im europäischen Vergleich mit an der Spitze.
Das öffentliche Verkehrsnetz funktioniert, die U-Bahn wird weiter ausgebaut. Die Linie 1 verbindet in wenigen Minuten Fahrzeit drei Wahrzeichen Wiens miteinander: den Stephansdom, das Riesenrad im Prater und die UNO-City. Ja, die im Halbrund aufragenden Betontürme des VIC am Donauufer haben sich in die Silhouette der Hauptstadt integriert, sie sind für den Wiener aus ›seinem‹ Stadtbild nicht mehr wegzudenken, und wer heute von einem der oberen Stockwerke umherschaut in die Umgebung des Komplexes, dem wird deutlich, daß dieses Gebäude die Initialzündung für die Neugestaltung eines ganzen Stadtteils gegeben hat, bis hin zu der nahen Donauinsel, die zu einem großzügigen Freizeitpark und Naherholungsgebiet für die Wiener entwickelt worden ist.

Den etwa 3 500 internationalen Bediensteten bietet das VIC durchaus angenehme, räumlich ausreichende und funktional praktische Büro- und Konferenzräume — Arbeitsbedingungen, von denen die New Yorker Kollegen am East River nur träumen können. Da gibt es außerdem ausreichend Parkplätze in der Tiefgarage, Räumlichkeiten für Ausgleichssport in der Mittagspause, eine ausgezeichnete und preiswerte Cafeteria, die Einkaufsmöglichkeit im zollfreien ›Commissary‹ und natürlich alle sonstigen infrastrukturellen Einrichtungen wie Postamt, Banken und Reisebüros.

Man hat den Eindruck, daß die Beamten und Angestellten aus aller Herren Länder, die das VIC heute bevölkern, in diesem Gebäude und in dieser Stadt zufrieden sind, daß sie gerne in Wien leben und arbeiten. Gewiß gilt das für die Bediensteten von IAEA und UNIDO, der beiden Organisationen, die schon seit Jahrzehnten ihren Sitz in der österreichischen Hauptstadt haben und sich durch den Umzug aus alten, verstreut liegenden Büros in der Innenstadt in den neuen Komplex am Donauufer entschieden verbessert haben. Es gilt aber wohl auch für die große Mehrzahl derjenigen, die wegen des Umzugs ihrer Dienststelle vom Sitz der Weltorganisation hierher ihren Wohnsitz von New York nach Wien verlegen mußten, also beispielsweise für die Mitarbeiter des Zentrums der Vereinten Nationen für soziale Entwicklung und humanitäre Angelegenheiten (CSDHA). Da hat es zu Anfang noch so manche Unmutsäußerung, so manches Vorurteil gegeben: Wer läßt sich schon gern von der Zentrale in die ›Provinz‹ versetzen, wer sieht nicht Kommunikationsschwierigkeiten voraus, wenn man plötzlich 7 000 Kilometer vom Schreibtisch des Vorgesetzten oder der bisher benachbarten Arbeitseinheit entfernt tätig sein muß?

Inzwischen haben Gewöhnung, organisatorische Verbesserungen und die Einsicht in die positiven Aspekte Wiens die meisten Ressentiments abgebaut. Man darf dabei nicht vergessen, daß die Inflation in den Vereinigten Staaten, die erheblichen Preissteigerungen in der Lebensführung gerade in New York in den letzten Jahren den Vergleich zugunsten Wiens beeinflußt haben, unabhängig von den unterschiedlichen Zulagen oder Kaufkraftausgleichszahlungen. Und noch eine weitere Beobachtung sei an dieser Stelle referiert: Das UN-System ist bekanntlich seit seinen Anfängen angelsächsisch geprägt, in sprachlicher wie in verfahrensmäßiger Hinsicht. Wer Englisch als Muttersprache besitzt, hat in diesem System einen natürlichen Startvorteil. Uns Deutschen, die wir uns im Englischen meist relativ leicht tun, ist dies vielleicht nicht so bewußt; die aus den Ostblockstaaten stammenden Kollegen in den UN-Organisationen und -Missionen aber empfinden den daraus für sie resultierenden Nachteil sicherlich ganz stark. Zwar hat sich selbstverständlich auch im Wiener VIC Englisch als Lingua franca im täglichen Umgang, im Fach- wie im Privatgespräch, durchgesetzt. Aber daß das sprachliche Umfeld in der alten Donaumetropole deutsch ist, dürfte für die osteuropäischen und für manche anderen UN-Angehörigen doch durchaus einen wichtigen Faktor darstellen, weshalb sie sich in Wien wohler fühlen als in den USA.

Wie steht es umgekehrt mit der Akzeptanz der Tausenden von internationalen Bediensteten durch die österreichischen Hauptstädter? Nun, die Wiener wären nicht Wiener, wenn ihnen die Anwesenheit einer so großen Anzahl privilegierter Ausländer in ihrer Stadt nicht Anlaß zum ›raunzen‹ böte. Da wird geschimpft über die Autofahrer mit dem WD-Kennzeichen (Wien, Diplomat), die sich angeblich über Verkehrsregeln hinwegsetzen können, ohne von der Polizei zur Rechenschaft gezogen zu werden. Da erscheinen in regelmäßigen Abständen in der lokalen Boulevardpresse Artikel über die ›bevorzugten‹ UN-Beamten, die nicht nur erheblich höhere Gehälter beziehen als vergleichbare einheimische Bedienstete, sondern auch noch so ungerechtfertigte Zusatzvergünstigungen wie den zollfreien Einkauf von Schnaps und Zigaretten genießen und bei größeren Anschaffungen die Mehrwertsteuer zurückerstattet bekommen. Und da hat jahrelang die Volksseele gekocht, weil die österreichische Regierung den sündhaft teuren Baukomplex VIC den UN-Organisationen für die symbolische Miete von einem Schilling pro Jahr vermietet hat.

Neue Akzente

Aber all dies ist vordergründig. Im Grunde wissen die meisten Österreicher, daß der Kaufkraftzuwachs in Wien durch die Angehörigen der internationalen Gemeinde die Zurverfügungstellung des Büroraums mehr als rechtfertigt, und sie begegnen, von Ausnahmen abgesehen, den neuen ausländischen Mitbürgern durchaus mit der nüchtern kalkulierten Freundlichkeit, die diesem Land mit seiner alten Fremdenverkehrstradition eigen ist. Sie sind im übrigen stolz auf die internationale Dimension ihrer Hauptstadt. Und sie haben darüber hinaus wohl begriffen, welche Motive Österreichs Politiker bewogen haben, als sie sich aktiv um die Verlegung von UN-Arbeitseinheiten nach Wien bewarben: daß nämlich die Neutralitätspolitik des Landes durch die Übernahme dieser Gastlandrolle gestärkt und abgesichert wird. Der hochgeachtete ehemalige Bundespräsident Rudolf Kirchschläger hat dies bei der Eröffnung einer Ausstellung in der UNO-City im Juni 1985 so ausgedrückt:

»Das politische Bild, das die Welt heute von Österreich hat, haben wir uns in der Welt vorwiegend im Wege über unsere aktive Mitarbeit in den Vereinten Nationen geschaffen. Mit großer Genugtuung haben wir daher die Entscheidung der Vereinten Nationen zur Kenntnis genommen, auf Grund des österreichischen Angebotes, hier in Wien im Rahmen des Internationalen Zentrums Wien eines der Hauptquartiere der Vereinten Nationen einzurichten. Gerne versichere ich bei diesem Anlaß allen Einheiten des Sekretariats der Vereinten Nationen und damit gleichzeitig allen internationalen Organisationen, die in Wien ihren Sitz haben, daß sie uns aufrichtig willkommene Gäste sind.«

Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß Wien seine Rolle als Stadt internationaler Begegnung weiter zu stärken und auszuweiten beabsichtigt, so ist dieser durch den Bau des ›Austria Centre‹ gleich neben dem VIC augenfällig erbracht worden. Nicht von ungefähr haben die Planer dieses gewaltige Konferenzzentrum so nah an das VIC herangerückt, daß man den Neubau auf den ersten Blick für eine Erweiterung des UN-Gebäudes hält und nur bei näherem Hinsehen entdeckt, daß es zwischen beiden Komplexen einige wenige Meter Abstand gibt. Es liegt auf der Hand, daß es dem Management des ›Austria Centre‹ darum geht, vor allem auch große Konferenzen nach Wien zu ziehen, die im Rahmen der Organisation der Vereinten Nationen abgehalten werden. Das entsprechende Angebot ist offiziell bereits gemacht worden: Wenn eine der hier ansässigen internationalen Behörden eine Tagung veranstalten möchte, deren Raumbedarf durch die im VIC selbst vorhandenen Sitzungssäle nicht befriedigt werden kann, wird das Österreichische Konferenzzentrum kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Im kommenden Frühjahr wird die KSZE-Nachfolgekonferenz als erste in das dann fertiggestellte Zentrum einziehen; kurz danach aber, im Juni 1987, kommt es bereits zur ersten Großveranstaltung im ›Austria Centre‹ mit weltweitem Teilnehmerkreis unter der Trägerschaft der Weltorganisation, der Internationalen Konferenz über Drogenmißbrauch und unerlaubten Suchtstoffverkehr (ICDAIT). Das medienwirksame Thema Drogenbekämpfung und die zu erwartende hochrangige Beteiligung werden dafür sorgen, daß die internationale Öffentlichkeit aus diesem Anlaß einmal mehr in Wort und Bild Wien als dritte UNO-Stadt präsentiert bekommt. Und die Österreicher werden dies mit Genugtuung registrieren.

Da das Stichwort von den Medien gefallen ist, sei an dieser Stelle eines Umstandes gedacht, der mit Wiens Anspruch als internationaler Metropole nicht recht vereinbar erscheinen will: das nahezu völlige Fehlen einer ernstzunehmenden Presse und, was noch schwerer wiegt, der offensichtliche Mangel an Nachfrage nach niveauvoller außenpolitischer Nachrichtengebung und Kommentierung in dieser Stadt. Es gibt nur eine seriöse Tageszeitung (›Die Presse‹), die sich mit einiger Regelmäßigkeit für die Tätigkeit der hier beheimateten internationalen Organisationen interessiert. Die kleine österreichische Nach-

richtenagentur APA ist schon personell nicht in der Lage, die Wiener UN-Szene kontinuierlich abzudecken, und hat auch nicht das Gewicht, um in der weltweiten Medienlandschaft mit einschlägigen Meldungen zum Zuge zu kommen. Die etablierten großen Agenturen unterhalten ebenfalls relativ kleine Büros in Wien; die Deutsche Presseagentur (dpa) hat, man möchte es nicht glauben, ganze zwei Korrespondenten vor Ort, mit einem Zuständigkeitsbereich weit über Österreich hinaus. Die Liste der sonstigen deutschen Medienvertreter in Wien ist zwar umfänglich, aber viele von ihnen sind in der österreichischen Hauptstadt lediglich ansässig und beobachten von hier aus den Balkan, interessieren sich allenfalls sporadisch für das örtliche Geschehen und schon gar nicht für das Wirken der internationalen Organisationen in Wien.

So erfahren die europäischen Nachrichtenkonsumenten wenig oder nichts über die dritte UNO-Stadt, und das ist sicherlich gerade für uns Deutsche betrüblich, die wir erst relativ spät Mitglied der Weltorganisation geworden sind, aber heute zu ihren entschiedensten Förderern gehören und eigentlich auch ein Gefühl der Befriedigung dafür entwickeln sollten, daß nach New York und Genf nun eine deutschsprachige Stadt zu einem weiteren Zentrum der Vereinten Nationen geworden ist.

Was die Medien bis heute nicht so recht zur Kenntnis genommen haben, hat die internationale Diplomatie längst begriffen und sich darauf eingestellt. Immer mehr Länder tragen der gewachsenen Bedeutung der Wiener internationalen Organisationen dadurch Rechnung, daß sie neben ihrer für die bilateralen Beziehungen zuständigen Botschaft eine eigene Vertretung bei eben diesen Organisationen einrichten. Die Bundesrepublik Deutschland, die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich, die Sowjetunion und die DDR haben diesen Schritt schon vor geraumer Zeit getan. In den letzten Jahren sind weitere Länder — beispielsweise Brasilien, die Tschechoslowakei, Polen, Spanien, Italien, China und Kanada — diesem Beispiel gefolgt, während andere bilaterale Missionen ihr für die multilaterale Tätigkeit zuständiges Personal erheblich verstärkt haben. So gibt es heute in Wien ein zahlenmäßig durchaus beachtliches diplomatisches Korps mit ausschließlicher Ausrichtung auf den Bereich der internationalen Organisationen. Dies wiederum hat zur Folge, daß der für die multilaterale Arbeit so typische informelle Konsultations-, Koordinierungs- und Vorabstimmungsprozeß zwischen den Mitgliedstaaten der Organisationen in Wien sehr an Intensität gewonnen hat, während er früher in den einzelnen Hauptstädten durch Einschaltung der jeweiligen bilateralen Vertretungen erfolgen mußte.

Es hat sich dabei sogar schon ein Phänomen herausgebildet, das von den Beteiligten gelegentlich als der ›Geist von Wien‹ apostrophiert wird: ein besonderes Klima der Konsensbereitschaft, der Sachbezogenheit, der Absage an die blinde politische Konfrontation, durch die sich die multilaterale Arbeit in den Wiener Organisationen angeblich auszeichnet — und in der Tat gibt es dafür aus den letzten Jahren das eine oder andere Beispiel.

Wer heute über UN-Themen schreibt, kann dies nicht tun, ohne auch wenigstens kurz der Frage nachzugehen, welche Auswirkungen die Finanzkrise der Weltorganisation hat. Auf unser Thema angewandt, heißt dies: Wird die UN-Präsenz in Wien durch die im System der Vereinten Nationen erforderlichen rigorosen Sparmaßnahmen beeinträchtigt oder gar insgesamt gefährdet werden?

Eine völlig verläßliche Antwort darauf ist heute naturgemäß nicht möglich, denn während das UN-Sekretariat und auch die meisten Mitgliedstaaten sich darüber einig sind, es mit einer die Existenz der UNO bedrohenden Krise zu tun zu haben — während die Bediensteten die Finanzmisere schon in Form von eingefrorenen Gehältern, Einstellungs- und Beförderungsstopp sowie ungünstigeren Pensionsregelungen zu spüren beginnen —, herrscht bisher noch weitgehend Ratlosigkeit darüber, welche grundlegenden organisatorischen Schritte erforderlich (und politisch durchsetzbar) sind, um die Zukunft der Vereinten Nationen auf einer soliden finanziellen Basis zu sichern.

Die allgemeine Lebenserfahrung spricht wohl gegen eine Rückverlegung der Teile des UN-Sekretariats, die seit 1979 hier ihre Heimstatt gefunden haben, zumal der Spareffekt durch einen solchen Wiederumzug eher fraglich erscheint. Und daß die UNIDO oder gar die IAEA Wien verließen, ist erst recht nicht vorstellbar. Man muß sich aber wohl darauf einstellen, daß österreichische Hoffnungen auf eine weitere Verstärkung der UN-Aktivitäten in Wien vorerst zurückgeschraubt werden müssen, daß die hier ansässigen Arbeitseinheiten in den nächsten Jahren mit etwas weniger und nicht mit mehr Personal auskommen müssen und daß Großveranstaltungen der Vereinten

Vizeministerpräsident Wan Li empfing am 23. September 1986 in Beijing den Vorsitzenden des Exekutivausschusses des Weltverbandes der UN-Gesellschaften (World Federation of United Nations Associations, WFUNA) und Stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Professor Dr. Klaus Hüfner (links im Bild), sowie den Generalsekretär der WFUNA, Dr. Marek Hagmajer. Beide hielten sich auf Einladung der Chinesischen Gesellschaft für die Vereinten Nationen zwei Wochen lang in China auf und besuchten unter anderem mehrere Projekte von UNDP und WFP. — Der Weltverband der UN-Gesellschaften wurde 1946 gegründet; eine Darstellung seiner Frühzeit findet sich in dem Beitrag von L. H. Horace Perera, Der Weltverband der Gesellschaften für die Vereinten Nationen (WFUNA). Ziele, Mitgliedschaften, Tätigkeiten, VN 2/1973 S. 53ff.

Nationen weltweit in Zahl und Dauer eher ab- als zunehmen werden. Wohlmeinende Beobachter der UNO meinen allerdings, daß das System insgesamt von einem vorsichtigeren Finanzgebaren und einem Beschneiden des Wildwuchses im Personalbereich langfristig nur gewinnen kann.

Die internationalen Organisationen in Wien

Internationale Atomenergie-Organisation (IAEA)

Die ›Agency‹, wie sie im allgemeinen genannt wird, ist die älteste und mit derzeit 2 008 Bediensteten die größte der in Wien ansässigen internationalen Einrichtungen; sie ist bereits seit 1957 hier heimisch. In mehr als einer Hinsicht stellt die IAEA eine Besonderheit unter den multilateralen Institutionen dar. Sie, die keine Sonderorganisation, sondern eine autonome Organisation innerhalb des Verbandes der Vereinten Nationen ist, hat sich den Ruf erworben, eine der professionellsten und bestgeführten Fachorganisationen zu sein. Dabei ist sie das Exekutivorgan einer hochpolitischen, komplexen völkerrechtlichen Vereinbarung, des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Sie betreibt das einzige weltweit funktionierende Rüstungskontrollsystem mit Inspektionen vor Ort. Und sie wird getragen von Mitgliedstaaten, deren Interessen in bezug auf die Nonproliferationspolitik ganz anders definiert sind, als man das aus anderen internationalen Organisationen mit ihren üblichen Nord-Süd- und West-Ost-Divergenzen gewohnt ist. So gehört es etwa zu den klassischen IAEA-Erfahrungen, daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion als die beiden Atom-Supermächte in den hier zu verhandelnden Fragen meist eines Sinnes sind und selbst in den kältesten Phasen des Kalten Krieges insoweit herzliches Einvernehmen zeigten. Die im UN-System übliche Frontstellung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern wird in der Agentur ebenfalls relativiert durch die unterschiedlichen Einstellungen zur Kernenergie in beiden Lagern: Da gibt es die nuklearen ›Mittelmächte‹ Großbritannien und Frankreich mit eigenem Waffenarsenal, da gibt es die Länder ohne Atomrüstung, aber mit hohem technischen Potential und entsprechenden Exportinteressen in der friedlichen Nuklearnutzung (wie etwa die Bundesrepublik Deutschland oder Kanada), da gibt es die Industrieländer, die für sich selbst bereits Ausstiegsszenarien in bezug auf diese Technologie beschlossen haben und deshalb skeptisch gegen jede Form von Know-how-Weitergabe sind (so Schweden), da gibt es andererseits westliche und östliche Staaten, die mangels natürlicher Ressourcen in erheblichem Umfang auf die Energieversorgung durch Atomkraft setzen (Belgien oder auch die DDR und die Tschechoslowakei), und da gibt es schließlich Industrieländer, die auf die Kernenergie selbst ausdrücklich verzichten, sie neuerdings sogar als Teufelszeug verdammen. Zu der letzteren Gruppe gehört ausgerechnet auch das Gastland Österreich, und so ergab sich bei der Sondertagung der IAEA-Generalkonferenz im September dieses Jahres in Wien das Kuriosum, daß der österreichische Außenminister Peter Jankowitsch die Delegierten aus aller Welt mit einem Grußwort willkommen hieß, das zu einer veritablen Beschimpfung der Kernenergie-Nutzung geriet.

Aber zurück zu der Nord-Süd-Interessendefinition. Auch in der Dritten Welt sind die Einstellungen zur Kernenergie sehr unterschiedlich. Länder wie Indien, Pakistan, Brasilien oder Argentinien können nicht in einen Topf geworfen werden mit ärmeren afrikanischen Staaten: für die einen ist Nuklearenergie eine Realität, für die anderen allenfalls eine in weiter Zukunft liegende Wunschvorstellung. Das Atom in der Form der radioaktiven Strahlung in der Medizin oder in der Biologie, etwa in der Schädlingsbekämpfung, spielt andererseits in den Entwicklungsländern aller Kontinente eine zunehmend bedeutende Rolle. Es kann daher nicht überraschen, daß die Grundeinstellung der Dritten Welt zur Nukleartechnologie viel nüchterner und weniger ideologisch festgelegt ist als in manchen Industrieländern; die Option darauf wollen sich alle offenhalten.

Vor dem Hintergrund dieser facettenreichen Interessenlage in den Mitgliedstaaten muß die IAEA in der Erfüllung ihrer satzungsmäßigen Doppelfunktion — Förderung der friedlichen Nutzung der Kernenergie und Verhinderung der Abzweigung spaltbaren Materials zu unfriedlichen Zwecken — seit jeher eine delikate Balance einhalten und hat dies auch fertiggebracht. Der Schock von Tschernobyl im Frühjahr dieses Jahres, als über Nacht das Vertrauen in die Nukleartechnologie weltweit schwer erschüttert wurde, hätte für die Wiener Organisation ebenfalls krisenhafte Auswirkungen haben können. Das Gegenteil scheint jedoch der Fall zu sein. Die Staatengemeinschaft besann sich spontan darauf, daß hier eine Behörde mit einschlägigem Sachverstand, mit unparteiischen Experten und internationalem fachlichen Ansehen existierte, die als Forum für die Aufarbeitung der Erfahrungen aus diesem Unglücksfall und für die Entwicklung zukünftiger präventiver Maßnahmen in Frage kam. Übrigens war es insbesondere die Bundesrepublik Deutschland, die erste Anstöße in dieser Richtung gab und die Befassung der IAEA mit der Tschernobyl-Katastrophe forderte und förderte.

Und die Organisation zeigte sich dieser Herausforderung gewachsen. Sie hat in den vergangenen Monaten bei der Abhaltung von Expertentreffen, bei der Vorbereitung und Aushandlung der Konventionen über ein Frühwarnsystem und über gegenseitige Hilfeleistung, bei der Formulierung eines Arbeitsprogramms zur Erhöhung der nuklearen Sicherheit Ausgezeichnetes geleistet und damit auch ihre eigene Bedeutung als internationale Organisation erhöht. Während sie bisher für die Sicherheit nuklearer Anlagen keine Zuständigkeit besaß und die Mitgliedstaaten zum Teil eifersüchtig darüber wachten, daß dieser Bereich der nationalen Verantwortung vorbehalten blieb, ist als Folge der Tschernobyl-Erfahrung ein Prozeß in Gang gesetzt worden, der eines Tages vielleicht zu international verbindlichen Sicherheitsnormen führt. Die IAEA hat dabei heute und in der Zukunft eine wichtige Rolle zu spielen.

Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)

Die UNIDO, die zweitgrößte der Wiener internationalen Organisationen, ist anders als die IAEA immer ein klassischer Austragungsort des Nord-Süd-Gegensatzes gewesen; in ihrem Wirken haben sich die Meinungsverschiedenheiten über den rechten Weg der Entwicklung und auch die jeweilige Weltkonjunkturlage widergespiegelt, hier sind regelmäßig Geber- und Empfängerländer über Haushalts- und Politikfragen aneinandergeraten. Bei der UNIDO-Generalkonferenz 1975 in Lima war den Industrieländern die Zustimmung zur Umwandlung des Spezialorgans UNIDO in eine UN-Sonderorganisation abgerungen worden; die Entwicklungsländer glaubten damals, einer unabhängigen UNIDO würde mehr Geld zufließen. Es dauerte dann ein ganzes Jahrzehnt, bis dieser Beschluß in die Tat umgesetzt wurde.

Das Jahr 1985 stand für die multilateralen Missionen in Wien ganz im Zeichen dieses Umwandlungsprozesses, der im UN-System bisher ohne Beispiel ist und bei dem eine Fülle von rechtlichen und politischen Fragen zu bewältigen war, bis die UNIDO zum 1. Januar 1986 ihre neue Qualität erhielt. In dem komplizierten Verfahren der Neugestaltung (das Manfred Hentz in VN 3/1986 S. 106 ff. dargestellt hat) bewährte sich der oben erwähnte ›Geist von Wien‹. Es zeigte sich, daß alle Beteiligten letztendlich in dem Ziel übereinstimmten, die UNIDO müsse nach der Umwandlung besser als bisher in der Lage sein, ihre Aufgaben zum Wohl der Entwicklungsländer zu erfüllen und die ihr zur Verfügung stehenden knappen Haushaltsmittel möglichst optimal zu nutzen. Die Vorzeichen zum Jahresbeginn 1986 schienen günstig für die neue, unabhängige UNIDO.

Seitdem ist allerdings zunehmend deutlich geworden, daß die Finanzkrise der Vereinten Nationen und der gleichzeitige Kursverfall des Dollars verheerende Auswirkungen gerade auf diese in der Umorganisation befindliche Behörde haben und an den

Grundfesten ihrer Existenz rütteln. Es bedarf keiner näheren Darlegung, daß für die UNIDO in ihrem gegenwärtigen Übergangsstadium der Zwang zu extremer Sparsamkeit bis hin zur Streichung ganzer Programmteile besonders schwere Probleme aufwirft. Die nächsten eineinhalb Jahre werden für die neue Sonderorganisation zu einer finanziellen Zerreißprobe werden — zu einem Test, den die UNIDO nicht allein aus eigener Kraft, sondern nur mit der Unterstützung ihrer Mitgliedstaaten wird bestehen können.

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

Wenn von Finanzproblemen die Rede ist, fällt einem in Wien sogleich auch das UNRWA ein, das als Folge der Libanon-Unruhen statt von Beirut aus derzeit von der österreichischen Hauptstadt aus tätig ist, sein operatives Betätigungsfeld jedoch nach wie vor in der Krisenregion des Nahen Ostens hat. Das UNRWA ist mit etwa 17 500 Angestellten einer der größten Arbeitgeber im UN-System. Diese sind vorwiegend als palästinensisches Lehr- und Gesundheitsfürsorgepersonal im Libanon, in Jordanien und Syrien sowie im Westjordanland und dem Gaza-Streifen beschäftigt. Nur weniger als hundert internationale Beamte sind mit Leitungs- und Organisationsaufgaben, größtenteils in Wien, befaßt.

Dem UNRWA-Generalbeauftragten (seit 1985 der Italiener Giacomelli) obliegt es neben der Führung der Behörde vor allem, immer wieder von neuem als Spendensammler aktiv zu sein, denn dieses Spezialorgan der UN-Generalversammlung lebt nicht von Pflichtbeiträgen der UN-Mitgliedstaaten, sondern muß seine Aktivitäten aus freiwilligen Zuwendungen bestreiten. Das Geschäft des Beitreibens freiwilliger Leistungen wird von Jahr zu Jahr schwieriger; manche Staatengruppen wie etwa der Ostblock tragen aus Prinzip nichts bei, die westlichen Hauptgeberländer befinden sich gegenwärtig in einer Austerity-Phase, und die arabischen Ölländer müssen mit dramatisch gesunkenen Einnahmen fertigwerden. Da fällt für die Finanzierung des UNRWA immer weniger ab, während die Aufgaben der Hilfsorganisation durch das deutliche Bevölkerungswachstum der Flüchtlinge eher zunehmen.

Büro der Vereinten Nationen in Wien (UNOV)

›UNOV‹ (United Nations Office at Vienna) ist der Oberbegriff, das organisatorische Dach über allen Abteilungen des UN-Sekretariats, die seit 1979 nach Wien verlegt worden sind und hier unter einem Untergeneralsekretär (dem Syrer Mowaffak Allaf) verschiedene UN-Aufgaben wahrnehmen: das oben bereits erwähnte CSDHA, die für Drogenfragen zuständigen Arbeitseinheiten (DND, UNFDAC und INCB) sowie die Unterabteilung für internationales Handelsrecht (ITLB), die zugleich das Sekretariat der Kommission für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) stellt. Sachlich unterstehen alle diese Untergliederungen dem Generalsekretär in New York.

Im CSDHA sind jene Aktivitäten gebündelt, die im Rahmen der Vereinten Nationen für bestimmte soziale Gruppierungen entfaltet werden. Als gewiß bedeutendste Zielgruppe sind in diesem Zusammenhang die Frauen zu nennen. 1985 beanspruchte die Weltfrauenkonferenz in Nairobi öffentliches Interesse, aber niemand nahm zur Kenntnis, daß die jahrelange inhaltliche und organisatorische Vorbereitungsarbeit für dieses spektakuläre Ereignis in Wien geleistet worden war — ebenso wie die Umsetzung der in Nairobi gefaßten programmatischen Beschlüsse die Frauenabteilung des CSDHA noch längere Zeit beschäftigen wird. Weitere Arbeitseinheiten widmen sich den vielschichtigen sozialen Problemen der alternden Menschen, ferner den Fragen der Behinderten, der Jugendlichen und der Verbrechensverhütung. Insgesamt deckt das CSDHA ein thematisches Feld ab, dem gerade in modernen Industriegesellschaften wie der Bundesrepublik Deutschland mehr und mehr Bedeutung beigemessen wird.

Von der Weltdrogenkonferenz 1987, die in Wien vorbereitet und durchgeführt wird, war bereits die Rede. Neben diesem Ad-hoc-Ereignis ist in Wien die gesamte ständige Befassung der UNO mit der weltweiten Drogenproblematik angesiedelt. Die entsprechende Abteilung des UN-Sekretariats (DND) sorgt unter anderem für den internationalen Informationsaustausch im Rahmen der bestehenden Konventionen über die Bekämpfung des Mißbrauchs von Suchtstoffen und bewußtseinsverändernden Substanzen; sie bereitet auch die jährlichen Tagungen der Suchtstoffkommission der Vereinten Nationen, der Versammlung der Staatenvertreter, vor. Das Internationale Suchtstoffkontrollamt (INCB), ein kleines Gremium von Fachleuten, überwacht den legitimen Bedarf an Drogen für medizinische und wissenschaftliche Zwecke; der Fonds der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs (UNFDAC), zu dem einige besonders interessierte Länder beitragen, versucht mit Hilfsmaßnahmen und Entwicklungsprogrammen den Anbau von Drogenpflanzen in Entwicklungsländern einzudämmen. Die Bundesrepublik Deutschland arbeitet in allen diesen Bereichen als Mitglied der Suchtstoffkommission und durch die Bereitstellung von Personal und Mitteln sehr aktiv mit, um den zum Weltproblem gewordenen Drogenmißbrauch, dem nur in internationaler Zusammenarbeit zu begegnen ist, noch rechtzeitig für unser Land in den Griff zu bekommen.

Auch die Drogenthematik droht immer wieder, politisch zu einer Frage zwischen Nord und Süd zu werden, weil die bedeutendsten Drogenpflanzen typischerweise in Entwicklungsländern angebaut und die Endprodukte in Industrieländern mit zahlungskräftigen Verbrauchern konsumiert werden. Tatsächlich steigt jedoch auch in den Anbau- und Transitländern der Dritten Welt der einheimische Drogenmißbrauch, so daß auch die dortigen Regierungen inzwischen die Gefahr für Volksgesundheit und Stabilität erkannt haben. Andererseits produzieren auch die Pharmaindustrien der entwickelten Länder Arzneimittel, die als Suchtgifte mißbraucht werden können. Die Verbindungen mit dem organisierten Verbrechen und neuerdings mit dem Terrorismus machen die internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs besonders schwierig, aber auch notwendig. Wien ist zum Zentrum dieser Bemühungen geworden.

Unter dem Dach des UNOV ist schließlich noch die schon genannte Unterabteilung ITLB zu finden. Es handelt sich dabei um einen Teilbereich der New Yorker Rechtsabteilung, dessen Aufgabe in erster Linie darin besteht, Musterverträge für den internationalen Handelsverkehr zu entwerfen und damit zu einer Vereinheitlichung der juristischen Praxis im weltweiten Güteraustausch beizutragen. Nicht vergessen werden soll auch die Wiener Abteilung der Postverwaltung der Vereinten Nationen; seit 1979 erscheinen hier UN-Briefmarken mit deutscher Aufschrift.

Um das Bild der Wiener UN-Aktivitäten zu vervollständigen, sei zum Schluß noch ein Kürzel eingeführt und erklärt, das schon durch seinen Umfang bemerkenswert ist: UNCPICPUNE. Dahinter verbirgt sich die ›Konferenz der Vereinten Nationen zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie‹ (United Nations Conference for the Promotion of International Cooperation in the Peaceful Use of Nuclear Energy), ein Projekt, das vor einigen Jahren von einer Gruppe interessierter Staaten der Dritten Welt in der Generalversammlung in New York durchgesetzt wurde, 1987 in Genf realisiert werden soll und ›molto adagio‹ in einem eigens in Wien eingerichteten Konferenzsekretariat vorbereitet wird. Ob diese Konferenz die Ergebnisse zeitigen wird, die sich ihre Förderer anfangs erträumt hatten, ist heute schwer vorauszusagen. Immerhin sorgt auch dieser UN-Bereich mit dafür, daß hier in regelmäßigen Abständen Experten, Diplomaten und internationale Bedienstete am runden Tisch zusammenkommen, multilaterale Zusammenarbeit praktizieren und auf diese Weise — denn das ist ja die Ratio jeder Tätigkeit der Vereinten Nationen, ob in Wien, New York, Genf oder Nairobi — den Frieden auf der Welt ein ganz kleines bißchen sicherer machen.